

POLITIKNEWS

Nachrichten in Kürze

Saarland
Sondierungsgespräche für
Rot-Rot-Grün weiter offen

Die Regierungsbildung im Saarland bleibt auch nach dem zweiten Sondierungsgespräch von Grünen und Linke offen. Alle Seiten bemüht sich, konstruktiv zu sein, sagte Grünen-Landeschef Hubert Ulrich gestern. Linke-Fraktionschef Oskar Lafontaine betonte, man habe erneut „weitgehende Übereinstimmung in vielen Fragen“ festgestellt. Morgen soll das erste Dreiergespräch gemeinsam mit der SPD stattfinden. Heute treffen sich die Grünen zunächst mit Union und FDP. **BM**

Umfrage
Mehrheit der Deutschen
mit der Einheit zufrieden

20 Jahre nach dem Fall der Mauer scheint diese in den Köpfen der Menschen weitgehend überwunden. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Resuma unter 2010 Deutschen befürworten 83 Prozent der Bürger im Westen und 88 Prozent im Osten ein vereintes Deutschland. 85 Prozent der Westdeutschen und 81 Prozent der Ostdeutschen hätten angegeben, sich den Landsleuten aus dem jeweils anderen Teil heute näher zu fühlen als noch vor zehn Jahren, teilte das Institut mit. **dpa**

Neubau
Kohl unterstützt Hochschule
für Jüdische Studien

Mit einem Festakt ist gestern der Neubau der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg eröffnet worden. Die Einrichtung wird vom Zentralrat der Juden in Deutschland getragen. Sie bietet geistes- und kulturwissenschaftliche Studiengänge an, bildet aber auch Rabbiner und jüdische Religionslehrer aus. Zu den Ehrengästen des stark gesicherten Festakts zählten Altkanzler Helmut Kohl (CDU) und seine Frau Maike Kohl-Richter. Kohl hatte sich für die Finanzierung der Schule engagiert. Ein dafür gegründetes Aktionskomitee warb rund 2,15 Millionen Euro an privaten Spenden ein. **BM**

Rot-Rot-Grün
in Thüringen
rückt näher

Letzte Sondierungsgespräche in Erfurt.
CDU hofft noch auf eine große Koalition

■ VON PHILIPP NEUMANN

Erfurt/Berlin – Besonders viel gab es nicht zu berichten, als die SPD, die Linke und die Grünen gestern Mittag in Erfurt ihr letztes Sondierungsgespräch beendeten. „Es gab nichts zu essen, außer Obst“, war das Erste, was einem der Teilnehmer nach dem Treffen einfiel. Ein anderer wusste zu berichten, dass die Stimmung „ganz gut“ gewesen sei, um sich sofort zu korrigieren: „Gut“ sei es gewesen. Es gebe keine Hürden mehr, die nicht überwunden werden könnten.

Aber in der rot-rot-grünen Schlussrunde gab es im Streit um das Ministerpräsidentenamt keinen Durchbruch. Der thüringische SPD-Chef Christoph Matschie sagte, die von seiner Partei geforderte Einigung in der Ministerpräsidentenfrage sei im Gespräch mit Linken und Grünen nicht zustande gekommen. Matschie hatte am Dienstag angekündigt, persönlich auf das Ministerpräsidentenamt zu verzichten. Gleichwohl beansprucht er das Amt für die Sozialdemokraten.

Linke-Spitzenkandidat Bodo Ramelow erklärte, er könne nicht akzeptieren, dass eine Partei diktiere, was die Linke zu tun habe. Er sei aber weiter für ein Dreierbündnis. Die Personalfrage halte er für lösbar, sagte Ramelow. An ihm werde die Koalition nicht scheitern. Notwendig sei ein Kandidat, der von allen drei Parteien getragen, „nicht ertragen“ werde.

Viel Zeit gelassen

Die Folgen der Landtagswahl

Ergebnis Bei der Landtagswahl am 30. August ist die CDU mit 31,2 Prozent in Thüringen stärkste Partei geworden, hat aber die absolute Mehrheit deutlich verloren. Die Linke kam auf 27,4 Prozent, die SPD wurde mit 18,5 Prozent drittstärkste Partei. Die FDP zog mit 7,6 Prozent der Stimmen in den Landtag ein. Die Grünen erhielten 6,2 Prozent.

Landtag Die CDU stellt im neuen Landtag 30 Abgeordnete, die Linke 27 und die SPD 18 Abgeordnete. Die FDP kommt auf sieben Sitze, die Grünen auf sechs. Linke und SPD verfügen demnach über eine Mehrheit von 45 Sitzen, wollen die Grünen aber an der Regierung beteiligen.

Wechsel Die CDU hat nach der Wahl ihr Personal ausgetauscht: Ministerpräsident Dieter Althaus trat zurück und wird auch den Landesvorsitz aufgeben. Neue CDU-Vorsitzende könnte Christine Lieberknecht werden, die für die CDU auch die Sondierungsgespräche mit der SPD leitet. **BM**

rem Spitzenpersonal noch immer groß sind: Die SPD kann kaum mehr anders als zustimmen.

Zu groß ist der Druck der SPD-Basis geworden, nicht mit der lange Zeit allein regierenden CDU zusammenzugehen, denn zu schmerzhaft war jetzt das Ergebnis der Bun-



Die Tür bleibt zu: SPD, Linke und Grüne in Thüringen verhandeln über eine künftige Regierung

FOTO: DPA

Schwarz-gelbe
Mehrheit
in Kiel wackelt

■ VON CLAUDIA EHRENSTEIN

Berlin – Noch ist die schwarz-gelbe Mehrheit in Schleswig-Holstein nicht amtlich: Der Landeswahlausschuss muss die vorläufige Mandatsverteilung noch bestätigen. Grüne und Linke aber haben bereits angekündigt, dass sie ihre Zustimmung verweigern wollen. Sollten auch SPD und Südschleswiger Wählerverband (SSW), die Partei der dänischen Minderheit, mitziehen, könnte die Koalition von CDU und FDP noch kippen.

„Die schwarz-gelbe Mehrheit ist auf zweifelhaftem Weg zustande gekommen“, sagte Robert Habeck, Vorsitzender der Nord-Grünen und neuer Fraktionschef der Grünen im Kieler Landtag. Bei der Landtagswahl am vergangenen Sonntag hatten CDU und FDP eine Mehrheit der Zweitstimmen nur knapp verfehlt. Sie kamen auf 46,4 Prozent der Stimmen. SPD, Grüne, SSW und Linkspartei zusammen kamen auf 48,1 Prozent. Da die CDU mit ihren Direktkandidaten aber 34 der 40 Wahlkreise für sich entscheiden konnten, erhielt sie elf Mandate mehr, als ihr nach dem Ergebnis der Zweitstimmen eigentlich zustehen würde. Um die Mehrheitsverhältnisse im Parlament nicht zu verzerren, wurden die elf Überhangmandate für die CDU mit insgesamt 15 Sitzen für die anderen Parteien ausgeglichen. Dadurch vergrößerte sich der Kieler Landtag von 69 auf 95 Sitze. Schwarz-Gelb kam dadurch auf eine Mehrheit von drei Sitzen.

Gegen diese Zählweise, wie sie die Landeswahlleiterin noch in der Wahlnacht vorgelegt hatte, richtete sich nun die Kritik der Oppositionsparteien. „Der Wählerwille wurde auf den Kopf gestellt“, sagte Heinz-Werner Jezewski von den Linken. Schwarz-Gelb habe 27 000 Zweitstimmen weniger als SPD, Grüne, SSW und Linke zusammen. Er forderte einen „fairen Ausgleich“ der elf Überhangmandate. Bislang wurden acht dieser Mandate ausgeglichen. Würde es für alle elf ein Ausgleichsmandat geben, hätten CDU

wird. Spekuliert wird außerdem über den Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) als Ministerpräsidenten einer rot-rot-grünen Landesregierung.

Auch die Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt würde den Posten wohl übernehmen, obwohl

intzwischen kursieren Namen potenzieller Kandidaten. Genannt

der SPD-Landeschef Christoph Matschie, nachdem er selbst auf den Posten verzichtet hatte. Und doch wirft die SPD der Linken noch immer vor, in der Personalfrage zu taktieren.

berechtigter Agieren“ im Falle einer Dreierkoalition in der Praxis umgesetzt werden soll.

Und die CDU? Die traf sich ebenfalls ein letztes Mal mit der SPD. Christine Lieberknecht, noch Sozialministerin in Thüringen und Kandidatin der CDU für das Amt